

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Aster Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus monatlich 2, — M. für den Monat Januar im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauen 2,50 — M., für das übrige Ausland 3, — M.

Die gebundene Ausgabe kostet 2, — M. einschließlich Postgebühren. Klein-Kontrakt: Das eingedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Anzeigenkosten. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Kontrakt und Stellen-Beläge 4,00 M. netto pro Zeile. Stellen-Beläge in Wort-Anzeigen: das eingedruckte Wort 2, — M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Druckerei: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Unterbrechung der Konferenz von Cannes

Abreise der deutschen Delegation

Cannes, 12. Januar.

(Vom Sonderberichterstatter der Agence Havas.)

Der Oberste Rat wird am Freitag vormittag 11 Uhr zusammengetreten. Die Mitglieder der Reparationskommission werden dieser Sitzung nicht beiwohnen. Die deutsche Delegation wird nicht angehört werden. Der dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zugeteilte Direktor für politische Angelegenheiten, Paroche, wird bei der Sitzung Frankreich vertreten. Er hat von Briand die Anweisung erhalten, sich als Beobachter zu verhalten und nicht in die Debatte einzugreifen. Es ist wahrscheinlich, daß in dieser Sitzung der Oberste Rat die Aufhebung der Tagung beschließen wird.

Cannes, 13. Januar.

Die deutsche Delegation reißt heute abend ab.

Briands Abgang

Paris, 13. Januar.

Die letzte Zusammenkunft der Minister des Kabinetts Briand mit dem Präsidenten der Republik hat von 4,35 bis 5,05 Uhr nachmittags gedauert. Briand unterrichtete den Präsidenten der Republik über den Verlauf der Kabinetsberatung und kündigte ihm seinen endgültigen Entschluß an, zurückzutreten. Gleichzeitig übergab er ihm das Kollektivschreiben der Kabinettsmitglieder. Dieses Schreiben ist kurz und in der üblichen Form gehalten.

Präsident Millerand nahm die Demission an, sprach in bewegten Worten sein Bedauern über den Entschluß Briands aus und dankte den Kabinettsmitgliedern für ihre Mitarbeit. Er bat die Mitglieder der Regierung, die Geschäfte bis zur Behebung der Krise fortzuführen.

Beim Verlassen des Eises sagte Briand: Meine Demission ist endgültig; ich hätte nur an die Spitze treten können, wenn ich das Gefühl gehabt hätte, daß man mich besser unterstützt. Briand fügte hinzu, er werde selbstverständlich nicht nach Cannes zurückkehren, seine Demission werde aber sicher nicht das Zustandekommen der Konferenz von Genua in der vorgesehenen Weise verhindern.

Briand hat an Lloyd George folgendes Telegramm geschickt:

In Anbetracht der politischen Umstände, die ich bei meiner Ankunft in Paris vorgefunden habe, war ich der Ansicht, daß es mir nicht möglich sei, den Vorsitz im Ministerrat zu behalten. Da ich dem Herrn Präsidenten der Republik den Abschied des Kabinetts unterbreitet habe, kann ich nicht nach Cannes zurückkehren, um an den Arbeiten des Obersten Rates teilzunehmen. Ich bitte Sie, dies unseren delegierten Kollegen mitzuteilen und ihnen gleichzeitig meine Bitte um Entschuldigung und das Bedauern zum Ausdruck zu bringen, daß ich die Zusammenarbeit mit ihnen aufgeben mußte. Was Sie, mein lieber Herr Lloyd George betrifft, so tut es mir besonders leid, daß ich die Unterredungen, die wir im Interesse unserer beiden Länder und im Interesse des europäischen Friedens begonnen hatten, nicht zu Ende führen konnte, die ich so gern zu einem guten Ende geführt hätte. Ich hoffe, daß mein Nachfolger sie mit Ihnen wiederaufnehmen wird und daß er, glücklicher als ich, die Absichten wird verwirklichen können, die wir angestrebt hatten.

Das voraussichtliche Kabinett Poincaré

EE. Paris, 13. Januar.

Die Verhandlungen, die Poincaré mit den von ihm für sein Kabinett in Aussicht genommenen Ministern eingeleitet hat, werden schnell voranschreiten. Ueber die voraussichtliche Zusammenlegung des Kabinetts Poincaré läßt sich bereits mit einiger Sicherheit sagen, daß der ehemalige Minister Gaston Doumergue dem neuen Ministerium angehören wird. Auch der Name des Abgeordneten Maurice Rousselle, des Präsidenten der Finanzkommission der Kammer, wird in der neuen Ministerliste stehen, wahrscheinlich als Minister des Innern, von dem scheidenden Ministerium Briand der Minister des Innern, Maginot entweder als Kriegsminister oder als Minister für die Pensionen, Le Troquer als Arbeitsminister, und Daniel Vincent als Minister für öffentliche Arbeiten. Sarraut wird wahrscheinlich als Kolonialminister beibehalten werden. Möglicherweise verbleibt auch Léon Bérard Unterrichtsminister, sofern es Edouard Herriot ablehnen sollte, in ein Kabinett Poincaré einzutreten und dieses Postes zu übernehmen. Das Finanzministerium dürfte an Delafosse fallen, wenn Poincaré es nicht selbst übernimmt.

Leon Bourgeois im Senat

Hessige Anklagen gegen Deutschland

Paris, 12. Januar.

Bei der Uebernahme des Amtes des Präsidenten des Senats hielt Leon Bourgeois eine Rede, in der er zunächst auf die schwierige finanzielle Lage Frankreichs zu sprechen

kam und andeutete, daß möglicherweise eine weitere Erhöhung der Steuerlasten notwendig sein werde, ferner eine Verminderung der Ausgaben und eine energische Reform der Verwaltungsmethode im Sinne einer Vereinfachung und Dezentralisation. Man dürfe nicht vergessen, daß in allen Ländern und zu allen Zeiten finanzielle Krisen die Vorboten von Revolutionen gewesen seien. Frankreich habe das Schlimmste schon überstanden, aber die Zeit der Opfer sei noch nicht abgelaufen.

Die ernsteste Frage der auswärtigen Politik sei die der Ausführung des Friedensvertrages. Tatsächlich sei er bis heute auch noch nicht ausgeführt worden. Frankreich habe bis zum heutigen Tage das, worauf es Anspruch habe, noch nicht erhalten. Deutschland erkläre, daß es nicht zahlen könne. Die Unrichtigkeit dieser Versicherung springe in die Augen. Während Deutschland einen Teil seines Aktivums verheimlicht habe, ruiniere es sich im Innern des Landes freiwillig, indem es unablässig seine Ausgaben vermehre und es ablehne, seine Steuerlasten ebenso hoch zu machen, wie sie in Frankreich sind. Dabei sei die Wirtschaftskraft Deutschlands wesentlich ungeschwächt. Die Politik sei klar. Deutschland sei nur darauf aus, die Alliierten zu veruneinigen. Es sei sicher, daß es keine Regierung in Frankreich gebe, die einer Verminderung der Ansprüche Frankreichs, wie sie sich aus dem Zahlungsstatut ergeben, zustimmen würde.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede kam Bourgeois auf die Konferenz in Cannes zu sprechen. Er äußerte die Hoffnung, daß sie zu einem Bündnis zwischen Frankreich und England führen werde. (Beifall.)

Was die wirtschaftliche Reorganisation Europas betreffe, so erkenne der Senat ihre Notwendigkeit. Er sei aber der Meinung, daß diese Frage von der der Reparationen streng getrennt werden müßte. Bourgeois hob die Notwendigkeit der Einigkeit unter den Alliierten bei der Vertretung der gemeinsamen Rechte hervor. Wenn Frankreich und Belgien die Gewißheit hätten, daß ihre gerechten Ansprüche auf Reparationen erfüllt würden, so würden sie auch mit aller Kraft an der Wiederherstellung des politischen Lebens der Welt mitarbeiten. Zum Schluß seiner Ansprache kam Bourgeois auf die „abscheuliche Kampagne“ zu sprechen, die gegenwärtig gegen Frankreich mit dem Zweck geführt werde, es zu isolieren und sein moralisches Ansehen zu schwächen. Er legte Verwahrung ein gegen den Vorwurf des Militarismus und Imperialismus. Wenn Frankreich die Dauer der militärischen Dienstpflicht abkürze, sein Heeresbudget vermindere und die Zahl seiner Kriegsschiffe herabsetze, dürfe man es nicht beschuldigen, einen wahrhaftigen Angriff gegen einen Alliierten zu planen. Der Pressekampf gegen Frankreich müsse man entgegenreten, indem man sich nicht nur an die Regierung, sondern auch an die Nationen wende. Frankreich sei immer für die Verteidigung des Rechts und der Freiheit eingetreten.

Amnestie für Irland

London, 13. Januar.

Der König hat für alle politischen Vergehen, die in Irland vor Abschluß der Waffenruhe im Juli vergangenen Jahres begangen wurden, Amnestie gewährt. Die Freilassung der Gefangenen hat unverzüglich begonnen.

Arbeiter u. Angestellte Berlins

Sonntag, den 15. Januar 1922
vorm. 10 Uhr, im Zirkus Schumann

Große internationale Rundgebung

für die Verbrüderung des Proletariats
gegen Gewaltfrieden und Kriegsheke

Es werden sprechen: Paul Faure, Pierre Renandel, Cascha Grumbach aus Frankreich, Robert Grimm aus der Schweiz, Friedrich Adler, Oesterreich, Oswald Hildebrand, Tschekoslowakei, Abramowitsch, Rußland

Genossinnen und Genossen, sorgt für Massenbesuch!

Bezirksverband Berlin-Brandenburg USPD.

Die Sozialistische Proletarier-Jugend beteiligt sich geschlossen an dieser Rundgebung. Treffpunkt der Jugend 9 Uhr am Begasbrunnen (Schloßplatz)

Erleichterung der Reparationslast

Von Prof. E. Lederer-Heidelberg

Schon als Folge der Nachrichten, welche von den Verhandlungen Lloyd Georges mit Briand durch die Presse gingen, zeigte sich eine wesentliche Steigerung des Marktfurses. Hatte der Dollar vorher mit Schwankungen bis zu 300 und 320 M. notiert, so sank er jetzt vorübergehend bis auf 180, ja sogar auf 170 M. Der volkswirtschaftliche Laie, welcher nur nach dem Wechselkurs zu gehen gewohnt ist, sieht darin ohne weiteres ein günstiges Zeichen und glaubt, das Wirtschaftsproblem für Deutschland sei schon gelöst. Ist dem wirklich so?

Was würde die Einschränkung der Reparationslast auf 500 Millionen im Jahre 1922 (was späterhin sein soll, ist noch ganz ungewiß) bedeuten?

Diese Einschränkung der Leistungen auf 500 Millionen Goldmark im Jahre 1922 bedeutet zunächst keine inhaltliche Aenderung, sondern nur eine Aenderung in der Form der Leistung. Es ist damit nämlich nur gesagt, daß dies der Betrag ist, welcher in Zahlungsmitteln fremder Währungen aufzubringen sein wird. Darüber hinaus aber haben die Alliierten (nach dem Wiesbadener Abkommen, dem analoge mit anderen Staaten nachfolgen dürften) das Recht, Sachleistungen zu fordern. Diese würden entweder in direkten Leistungen nach den Ländern der Alliierten oder in Lieferungen nach anderen Ländern (etwa Rußland) erfolgen, ohne daß der deutschen Volkswirtschaft von außenher irgendein Gegenwert für diese Leistungen zufließen würde. Es wäre also Sache der Alliierten, Bestellungen größeren Stils aufzugeben, und man kann annehmen, daß sie dies auch tun würden, wenn sie keine Möglichkeit mehr hätten, Geldleistungen zu fordern.

Diese Art der Zahlung ist allerdings vorteilhafter als die in Devisen, aber das ökonomische Problem ist damit noch keineswegs gelöst. Es ist nur — von den 500 Millionen abgesehen — nicht mehr notwendig, zu den festen Terminen Devisen zu beschaffen; die Produktion der deutschen Volkswirtschaft für Reparationen braucht nur insoweit zu erfolgen, als Bestellungen vorliegen, nicht für einen unübersehbaren Markt; es braucht also nicht der Abfall gesucht zu werden. Trotzdem birgt dieser anscheinend so einfache Tatbestand einige Gefahren in sich:

1. Wenn die fremden Regierungen der alliierten Staaten Waren bestellen, die wir auch schon bisher geliefert haben und deren Erlös wir zur Deckung unserer Einfuhr verwenden konnten — z. B. Lokomotiven, Rasi, landwirtschaftliche Geräte usw. —, so wird uns ein Teil unserer bisherigen Märkte für Reparationszwecke gleichsam beschlagnahmt. Wir müssen dann andere Märkte suchen, um für unsere Importe Gegenwerte auszuführen; das Problem wird insofern also nur verschoben.

2. Wenn wir Waren als Reparationsleistung exportieren müssen, zu deren Herstellung wir ausländische Rohstoffe und Halbprodukte bedürfen (z. B. Erze, Textilrohstoffe usw.), so wächst unser Devisenmarkt, wenngleich nicht im ganzen Betrag des Warenwertes, so doch in einem Teil desselben.

3. Das innerpolitische Problem ist mit der Bezahlung durch Sachleistungen nicht gelöst. Wir müssen die Industriellen für ihre Lieferungen entschädigen, weil sonst ihre Betriebe nicht weiterarbeiten könnten. Daher wird das innerwirtschaftliche Problem durch die Ueberführung auf Sachleistungen nicht erleichtert. Es wird lediglich die Vermutung unserer Wahrung durch Einklemmung der Mark auf dem Devisenmarkt verhindert. Die wirtschaftliche Lage wäre dann die gleiche, wie wenn etwa ein sehr kapitalträchtiges internationales Finanzkonjunktium die Mark auf einem bestimmten Stande stabilisieren würde, wogegen wir uns lediglich verpflichten müßten, unser gesamtes Budget (innere Verwaltung und Reparation) durch Steuern zu decken und so die Notenpresse stillzulegen. Es ist also durch Ueberführung in Sachleistungen die Last der Reparation nicht erleichtert, sondern sie wird dadurch überhaupt erst in eine wirtschaftlich vernünftige Form gebracht. Daher ist — leider — für Optimismus kein Spielraum: die Erfordernisse des eigenen Staatshaushalts, vermehrt um die Reparationslast, werden zu sehr einschneidender Steuererhebung zwingen, und wenn als Folge dieser radikalen Steuerpolitik und der Ueberführung auf Sachleistungen die Mark stabil wäre, so wird das nicht etwa eine Erleichterung der wirtschaftlichen Zustände, sondern ein Symptom dafür sein, daß wir die Last durch schärfste Einschränkung des Verbrauchs durch Entbehrungen und die Anspannung aller Produktivkräfte wirklich tragen. Die Umleitung auf Sachleistungen vermeidet also das Chaos, vermindert aber nicht die Last. Sie zeigt nur, daß unsere Gegner auf dem Wege sind, Methoden zu finden, die ihnen zuverlässiger etwas geben können als die bisher beliebten. Nach wie vor müssen wir sagen, daß die deutsche Volkswirtschaft nicht imstande sein wird, diese Lasten ganz zu tragen, ohne in ihrer Produktionskraft — und dazu gehört,

was die Mitglieder des Großen Rats manchmal zu vergessen scheinen, in erster Linie auch die menschliche Arbeitskraft — aufs ärgste bedroht zu werden. Wir müssen nur darauf hoffen, daß nach diesem ersten Schritt zur Vernunft auch die weiteren Schritte getan werden; um so mehr, als nach dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete alle Sachleistungen auf den fremden Märkten die Absatzgebiete der fremden Industrien bedrohen werden. Wir sind also erst am Beginn des Revisionsprogramms, das nur dann zu einem guten Ende gelangen kann, wenn das Gebot wirtschaftlicher Vernunft durch die Wirtschaftskrise erzwingen werden wird.

Die Befolgung der Staatsbediensteten

Wolffs Bureau meldet: Die mehrtägigen Verhandlungen über die durch die Teuerung weiter notwendig gewordenen Einkommensverbesserungen für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs sind gestern abend im Reichsfinanzministerium zu Ende geführt worden. Zwischen den Vertretern der Regierung und den Beauftragten der Spitzenorganisationen wurde unter Zurückstellung weitergehender Wünsche — ein Einvernehmen erzielt, das einen Einklang zwischen den für die Beamten, Angestellten und Arbeiter gewährten Verbesserungen herstellt. Auch die Diätäre, die Beamten im Vorbereitungsdienst, die Pensionäre und Hinterbliebenen sollen an den Verbesserungen in entsprechender Weise teilnehmen. Einzelfragen werden noch in besonderen Verhandlungen erledigt werden. Die Regierung wird bestritten sein, dem Reichstag die notwendige Vorlage bei seinem Wiederzusammentritt vorzulegen, so daß im Falle der Genehmigung die erhöhten Bezüge in Kürze zur Auszahlung gelangen können.

Um den geforderten Ausgleich zwischen den Löhnen der Arbeiter in der Privatindustrie und in den Staatswerkstätten zu erreichen, wurde nach einer anderen Meldung folgendes beschlossen:

1. Ab 1. Januar 1922 erhalten die Reichs- und Staatsbediensteten über 30 Jahre eine Stundenlohnerrhöhung von 75 Pfennig.
2. Als Stichtag gilt der 12. Dezember, d. h. wer zu diesem Zeitraume im Dienste der Verwaltung stand, erhält diese Bezüge.
3. In allen Fällen, wo der Lohn der Privatarbeiter höher ist als der der Eisenbahner, soll eine Angleichung durch Gewährung von Uebersteuerungszuschüssen stattfinden. Diese Verhandlungen beginnen am 20. Januar.
4. Jugendlichen im Alter von 15 bis einschließlich 18 Lebensjahren wurde 35 Pfennig genehmigt, die Neunzehnjährigen Lebensjahre wurden 35 Pf. genehmigt, die Neunzehnjährigen 5. für weibliche Bedienstete im Alter bis einschließlich 19 Lebensjahren 30 Pfennig, vom 20. Lebensjahre an und darüber hinaus 50 Pfennig.

Diese Regelung bedarf natürlich noch der Zustimmung der entscheidenden Gewerkschaftskörperschaften.

Die Hausnechte in der KPD.

Ein neuer Hinauswurf

Die Zentrale der K. P. D. hat nur noch die Aufgabe eines tüchtigen Hausnechtes zu erfüllen. Sie vollzieht einen Hinauswurf nach dem andern. Jetzt meldet die „Rote Fahne“:

Die Zentrale hat in ihrer Sitzung vom 11. Januar die Genossen Paul Neumann, Paul Wegmann, Wilhelm Häuth, Heinrich Pabst und Elias Laub der Funktionen entkoben, die sie im Auftrage der Zentrale ausgeübt haben. Die genannten Genossen haben in Gemeinschaft mit den Genossen Friesland, Braß und Malzahn und weiteren 22 Genossen einen Aufruf an die Gesamtpartei erlassen, trotzdem sie vorher von der Zentrale ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden sind, daß ein solches Vorgehen gegen das Parteistatut verstößt und ein Bruch der Parteidisziplin ist. Obgleich dadurch die Veröffentlichung dieses zweiten Aufrufes schwerer zu verurteilen ist, als der erste von Braß, Friesland und Malzahn erlassene Aufruf, so hat die Zentrale doch von weitergehenden Maßnahmen gegen die genannten Genossen Abstand genommen, um dem am 22. Januar zusammen-

tretenden Zentralkomitee die weiteren Entscheidungen zu überlassen.

Die Zentrale hat sich auch in ihren Maßnahmen zur Wahrung der Parteidisziplin auf die Genossen beschränkt, die in ihrem Auftrage zentrale Funktionen ausüben. Die Zentrale ersucht die Organisationen, gegen die anderen Unterzeichner des Aufrufes bis zur Entschcheidung durch den Zentralkomitee Maßnahmen nicht zu ergreifen, wenn nicht die Organisationen durch das Verhalten der in Frage kommenden Genossen dazu gezwungen werden. Diese Zurückhaltung ist schon deshalb geboten, weil bereits in mehreren Fällen feststeht, daß die Urheber des Aufrufes Namen von Genossen unter den Aufruf gesetzt haben, ohne daß diesen der Aufruf vorgelegt worden ist, und ohne daß sie um die Unterzeichnung des Aufrufes ersucht worden sind.

Ein Teil der Unterzeichner des Aufrufes wird also noch gesucht — das heißt: weitere Hinauswürfe werden folgen. Wir möchten der vielbeschäftigten Zentrale eine Vereinfachung des Verfahrens empfehlen. Sie sollte nur noch bekanntgeben, wer nicht seiner Funktion entkleidet oder ausgeschlossen worden ist. Dann ist die Zahl der Namen, die zu veröffentlichen sind, nicht so groß, und die „Rote Fahne“ spart Raum.

Internationale Kundgebung

Gegen jeden Krieg, für die Entwaffnung der Völker, für den Frieden

Drahtbericht:

Dresden, 13. Januar.

Zu einer eindrucksvollen, imposanten Kundgebung der sozialistischen Arbeiterklasse kam es gestern in Dresden bei der Veranstaltung. Trotz verhältnismäßig kurzer Vorbereitungen der Veranstaltung, trotzdem am gleichen Abend noch andere Veranstaltungen stattgefunden haben, füllten mehrere tausend Arbeiter die Turnhalle der Goethehalle bis in den letzten Winkel, um den Worten der Führer der französischen Sozialisten zu lauschen. In begeisternden Worten erinnerten die Genossen Grambach und Renaudel, dessen französisch gehaltenen Rede Genosse Breitscheid überleitete, die Arbeiterklasse an die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens des französischen und des deutschen Proletariats, das sich zur wahren Internationale der Arbeiter auswaschen und so zum gegenseitigen Verständnis der Völker und zum wahren Frieden führen müsse. Die Ausführungen der Redner lösten wiederholt stürmische Zustimmung der Versammlung aus, die elementar zum Ausdruck kam bei den Worten Renaudels: Wir wollen Entwaffnung, aber nicht nur die Entwaffnung Deutschlands, sondern die Entwaffnung aller Völker. Nach Renaudel sprach Breitscheid über die auswärtige Politik im Sinne der U. S. P. und im Sinne der internationalen Arbeitergemeinschaft. Auch er schloß mit einem Appell an den Willen zur internationalen Solidarität. Sie sei das einzige Mittel zur Erreichung unseres höchsten Zieles: des Sozialismus.

Diese Kundgebung wird einen unvergesslichen Eindruck bei allen Teilnehmern hinterlassen. Sie zeigte, daß der Wille zur Verständigung der Völker, insbesondere Deutschlands und Frankreichs, noch lebt bei der Arbeiterklasse hüben und drüben.

Die Auflage der „Gleichheit“

Genossin Barm schreibt uns aus Leipzig: Die „Freiheit“ veröffentlichte am 11. Januar 1921 eine Mitteilung der Redaktion der „Gleichheit“, die offenbar den Zweck haben soll, die von mir auf der Frauenkonferenz in Leipzig gemachten Mitteilungen als unrichtig darzustellen oder abzumwachen. Beides ist nicht gelungen.

In dem Bericht des Parteivorstandes der S. P. D. über das Geschäftsjahr 1920/21 an den Parteitag zu Görlitz 1921 wird der Abonnentenstand der „Gleichheit“ im November 1920 mit 11 300 angegeben bei einem Stand von 207 007 weiblichen Mitgliedern. Wenn die „Gleichheit“ inzwischen eine Auflage von 32 000 Exemplaren erreicht hat, so ist das im Vergleich zu der Zahl von 192 485 weiblichen Mitgliedern (31. März 1921) immer noch sehr wenig.

Die „Kämpferin“ hat trotz der Spaltung, die sie schwer schädigte, heute 35 800 Abonnenten. Es ist nicht richtig, wenn in der Zeitschrift der Redaktion der „Gleichheit“ gelangt wird, die „Kämpferin“ werde von gewerkschaftlichen Verbänden obligatorisch an ihre weiblichen Mitglieder geliefert. Das trifft zu für

einen einzigen Verband, den der Schneider, macht aber weit weniger als die Hälfte der Auflage aus.

Daß der Zuschuß von 148 117 Mark, den die „Gleichheit“ im Jahre 1920/21 erhalten, sich im dritten Quartal 1921 in einen Ueberzuschuß verwandelt hat, wage ich vorerst zu bezweifeln.

Calonders Besuch in Oberschlesien

Empfang deutscher Gewerkschaftsvertreter

Im Anschluß an die Besichtigungsreise des Vorsitzenden der deutsch-polnischen Verhandlungen, Bundesrats Calonder, kam es zu einer Anzahl von Empfängen deutscher Abordnungen, die Herrn Calonder die Wünsche und Belangen der deutschen Bevölkerung vortrugen. Am Donnerstag vormittag empfing Herr Calonder im Rathaus in Königsbrunn die Vertreter der deutschen Gewerkschaften, die in nachdrücklichster Weise die einmütige Forderung zum Ausdruck brachten, daß gemäß der unzweideutigen Bestimmung der Genfer Note der Zusammenhang der ober-schlesischen Gewerkschaften mit ihren Spitzenorganisationen im Reich gewahrt werden müsse. Einmütig kam zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften aller Richtungen jede politische Betätigung auch in Zukunft ablehnen. Die von den Polen in dieser Hinsicht gehegten Bestürzungen seien daher völlig grundlos. Wenn Ruhe und Ordnung, die Vorbedingungen des wirtschaftlichen Lebens, in diesem unglücklichen Lande wiederhergestellt werden sollen, so sehe das voraus, daß die in Deutschland erworbenen Rechte des Arbeiters, u. a. das Betriebsrätegesetz, das Schlichtungsverfahren sowie die sozialen Versicherungen in vollem Umfange aufrechterhalten bleiben. Die deutschen Gewerkschaften würden dafür eintreten, daß die polnischen Arbeiter in dem deutsch bleibenden Gebiete Oberschlesiens keinerlei Benachteiligung erfahren. Vertreter der drei Gewerkschaften der Angestellten machten sich die Forderungen der Arbeiter in vollem Umfange zu eigen.

Präsident Calonder betonte in seiner Antwort, nachdem auch noch Vertreter des Deutsch-oberschlesischen Volksbundes zu Wort gekommen waren, er begreife sehr wohl das Gefühl, das die deutsche Bevölkerung erfasse in der schmerzlichen Erinnerung an die großen Verluste, die Deutschland erlitten habe. Die Festlegung der neuen Grenze sei für ihn die Voraussetzung der ihm gestellten Aufgabe, deren Schwierigkeit darin liege, trotz der Trennungslinie eine wirtschaftliche Gemeinschaft zu schaffen. Er sei sehr glücklich, daß er nach Oberschlesien gekommen sei in der Erkenntnis, daß er seine Aufgabe ohne Fühlungnahme mit der ober-schlesischen Bevölkerung nicht erfüllen könne. Er sei in seiner Entscheidung von niemand abhängig und werde nach bestem Wissen und Gewissen urteilen. Er begreife, daß die deutsche Bevölkerung mit Bangen in die Zukunft sehe, weil ein ganz neuer, bisher unbekannter Zustand beginne. Er betrachte den Schicksal der Minoritäten, besonders der Sprachlichen, als ein unabwiesbares Erfordernis einer besseren internationalen Zukunft.

Liga „Junge Republik“

In Berlin ist kürzlich unter Beteiligung von Angehörigen aller republikanischen Parteien eine neue politische Arbeitsgemeinschaft gegründet worden, die sich „Liga Junge Republik“ nennt. Die Liga will namentlich die jüngeren, aktiven Elemente heranziehen, die auf politischem, soziologischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet entschieden neuzeitliche Grundzüge vertreten und wüßten sind, bei der Neuformung der Dinge in Deutschland tatkräftig mitzuwirken.

Als erstes einer Reihe dringender politischer Probleme, zu denen die Liga Stellung zu nehmen gedenkt, wurde, am Eröffnungsabend, die Frage der allgemeinen politischen Amnestie erörtert, über die der Schriftsteller Carl v. Ossietzky referierte. Ossietzky bezeichnete die Forderung einer wirklichen durchgreifenden politischen Amnestie nach links und rechts als eine Wiedergutmachung, die die politische Luft in Deutschland reinigen würde. Hier sei eine Gelegenheit für die erste „große Gest“ der Republik.

Zahlreiche Persönlichkeiten aller republikanischen Richtungen traten der neuen Arbeitsgemeinschaft bereits an ihrem ersten Abend bei.

Die Kriegskosten der Schweiz. Die Generalabrechnung für die Mobilisationskosten der Schweiz während des Krieges ist nunmehr erfolgt. Danach belaufen sich diese, unter Abrechnung der nichtverwendeten Vorräte aus der Bundeskasse und des Erlöses aus dem teilweise verkauften Kriegsmaterial, auf rund 1 Milliarde 200 Millionen Franken.

Tiere, die schießen können

Von Walter Bernhard Sachs

In uralten Höhlen Spaniens, die an die 30 000 Jahre, vielleicht auch noch älter sein mögen, hat man Bilder auf die Felswand gemalt gefunden, die Menschen bei der Jagd darstellen. Nadte Jäger spannen meterhohe Bogen, um riesenhafte Urwid zu erlegen. Es sind dies mit die ältesten Dokumente über den Gebrauch von Schießwerkzeugen beim Menschen. — Beim Menschen? Das klingt sonderbar. Wer sollte denn außerdem noch schießen können? — Antwort: Die Tiere! Wir wollen hier eine Anzahl dieser merkwürdigen Gäste der Erde vorführen.

Da ist zunächst ein kleines Insekt, oder richtiger, die Larve eines Libellen ähnlichen Insektes, der Ameisenlöwe. Ein kleines Raubtier in Gestalt eines Gliederfüßlers, das überaus häufig in selbstgegrabenen Sandtrichtern unserer Mark zu finden ist. Auf dem Grunde dieses Trichters haust dieser Zwerglöwe in der Wüste des märkischen Sandes und lauert auf seine Opfer. Naht sich nun dem Rande der Grube eine Ameise oder ein anderes Insekt, so beginnt das Raubtier alsbald eine regelrechte Beschießung zu unternehmen. Sandtorn auf Sandtorn schleudert es geschickt gegen die Ameise, bis sie strauchelt und den abschüssigen Hang des Trichters hinabrollt, just in die Klauen des nimmerlässigen Ameisenlöwen. — Ein schießendes Tier also, das sich, gerade wie wir den Schrotkorns, kleiner Sandbröckchen bedient, mit denen es seine Beute erlegt.

Im Berliner Aquarium, das in seinen zahlreichen Behältern die seltensten Wundertiere beherbergt, findet man in der Insektenabteilung einen Schautkasten mit einer Anzahl dieser Miniaturschützen lebend ausgestellt.

Auch die Gattung der Fische verfügt über einen schießenden Jäger, der daher auch seinen deutschen Namen „Schüßerfisch“ erhalten hat. Ein Barsch ist es, aus Siam, der in Friedenszeiten oftmals lebend herübergebracht wurde. Setzte sich nun eine Fliege in der Nähe seines Behälters nieder, so konnte man beobachten, wie der Fisch bis dicht an die Oberfläche heraufkam und mit erstaunlicher Sicherheit einen Wassertropfen nach dem Insekt schob, oder richtiger gesagt, auspöte. — Auf 2 bis 3 Meter Entfernung verfehlte der Fisch sein Ziel niemals. Die getroffene Fliege fiel herab in das Wasser und wurde so eine Beute des Schüßerfisches. Interessant und oft sehr lustig zu beobachten war, daß dieses Tier, wenn ein Mensch an sein Aquarium herantrat, das blinkende Weiß des Augapfels als Zielscheibe ansah und seine Beschießung auf dasselbe richtete. Wahrscheinlich mag es wohl das Blinken des Auges für ein lebendes Insekt gehalten haben.

Als bekanntestes Schützen, das sich als Gewehr seiner eigenen Zunge bedient, gilt das Chamäleon. Wer je das Berliner Aquarium besucht hat, kennt das eigenartige Geschöpf. Die Haft-

füße fest um einen Ast geklammert, sitzt es unbeweglich da. Unabhängig von einander sieht das eine Auge starr geradeaus, während das andere nach seitwärts gerichtet ist. Starr und ununterbrochen hält es so Umschau. Da setzt sich plötzlich ein kleiner Schmetterling auf einem Blatt nieder. Mit einem Ruck wenden sich die Augen dorthin. Das satte Grün des Chamäleons bekommt sich die Augen dorthin. Die Erregung der Seele spiegelt sich auf der Oberfläche wieder. Plötzlich, der Beschauer dieser lautlosen Jagd hält unwillkürlich den Atem an, schnellt die Zunge als schwarzer Pfeil heraus aus dem Maul, leimt den Schmetterling an, ein paar häßig schlängelnde Bewegungen, und das Chamäleon sitzt ruhig wieder da und wartet auf neue Opfer. — Die Jagd ist zu Ende.

Gebrauchte das Chamäleon seine festgewachsene Zunge als treffsicheres Gewehr, so kommt bei den jetzt erwähnten Tieren ein wirkliches Geschöß zur Verwendung, das, vom Angreifer abgeschossen, sich tief in den Körper des Getroffenen einbohrt. Nur, daß es eine merkwürdige Bewandnis mit diesem Schießen hat. Um diese Mustelkerei — es sind schon mehr „Kanoniere“ — des Tierreichs kennen zu lernen, müssen wir die Stufenleiter der Tierwelt tief herabsteigen bis zu den als langweilig und uninteressant verschrieenen Schnecken. — Ja, unsere gewöhnlichen Garten- oder Weinergeschnecken schießen ganz ähnlich wie wir mit unseren Schießwerkzeugen.

Nach einem warmen Sommerregen kann man die Schnecken bequem im Garten beobachten. Lebhaft kriechen sie hin und her, und da sieht man zu seinem Erstaunen, wie ein kleines Wölkchen auf der rechten Seite einer Schnecke plötzlich aufpufft, ein kleiner Pfeil fliegt durch die Luft, und die nächst kriechende Schnecke, die ruhig ihres Weges dahinwandelte, bäumt sich wie ein getroffenes Wild hoch auf. Das Geschöß ist ihr in den weichen Leib gedrungen. Was ist geschehen? Die Schnecke hat geschossen! Ganz regelrecht geschossen! Das Allermerkwürdigste an diesem Schießen mit einem Kalkbolzen, der durch den plötzlichen Druck von Muskeln herausgeschleudert wurde, ist der Grund zu dieser ganzen Angelegenheit. Nicht um ein Beutetier zu erjagen, wurde geschossen, nicht, um einen Gegner zu vertreiben, sondern, die Schnecken beschließen sich unter sich, — weil es ihnen Vergnügen bereitet. Die ganze Schießerei ist nämlich die Einkleidung des Hochzeitanzuges der Schnecken. — Wie der Jauntönnig seinem Weibchen ein Liedchen vorträllert, um sich in seine Gunst einzusprechen, wie der Pflaß das Rad schlägt, um mit dem Prunt seines Gesieders die Umworbene zu erriegen, so versuchen es die Schnecken auf ihre Art. Sie beschließen sich mit dem „Liebespfeil“, wie die Zoologen dieses Kalkgeschöß genannt haben, um die Aufmerksamkeit ihrer Schnecken-schönen auf sich zu lenken.

Als einer der merkwürdigsten Gestalten aus dem an und für sich schon fesselnden Kapitel der „schießenden Tiere“ sei zum Schluß

nach ein Tier erwähnt, das Allen vom Besuch des Zoologischen Gartens her bekannt ist, — das wasserspinnartige Stachelschwein. In seiner Heimat, den Feldern Italiens, nicht so sehr selten, kennt man es von Ausflügen nach dem Zoo her, wie es seine Stacheln am Boden schleifend, im Käfig hin und her trottel. Und dieses Tier soll schießen können? Lange verwies man diese Behauptung in das Reich der Fabel, bis sie neuerdings als Tatsache wieder aufgestellt wurde. Aergert man nämlich das Tier, so sträuben sich die Stacheln rasselnd in die Höhe und richten sich drohend gegen den Angreifer. Ein Taktentuch, welches man auf das Stachelschwein wirft, wird weit weggeschleudert bei dem plötzlichen Ausstoßen der Stachelwehre. In höchster Wut werden die Borsten wild umhergewirbelt, und so ist es gar nicht verwunderlich, daß die Stacheln dabei auch aus der Haut herausfliegen und sich bei der großen Gewalt der Muskelanstrengung auch in den Körper des Angreifers hineinstoßen. Hinzu kommt noch, daß diese Stachelspitze, da sie nicht ganz sauber sind und sehr lose in der Haut sitzen, böse Wunden hervorrufen können. Der Direktor des Hamburger Zool. Gartens hat sich vor einigen Jahren gerade wieder für die Wahrscheinlichkeit dieses Schießens eingelassen. Auch kennen wir Auslagen von Jüngern dieser Tiere, die Stachelschweine in besonderen Klappfallen gefangen hatten und am nächsten Tage den Baumstamm über der Falle voll mit Stacheln gespielt fanden.

So haben wir also im Zool. Garten nicht nur Tiere, die beschien, und „das Lama, das sich hinterlistig duckt und den Bürgermann bespußt“, sondern auch ein Tier, das, wie die Krone der Schöpfung, der Mensch, schießt.

Das Reich zwischen Luft und Erde betitelt Prof. Dr. A. Kippoldt einen Artikel in der von dem bekannten Direktor der Treptow-Sternwarte, Dr. Archenhold, herausgegebenen Zeitschrift „Das Weltall“. Sollte es möglich sein, so führt Prof. Kippoldt aus, daß der heutigen Naturforschung trend ein Gebiet entgegen sei? — „Und doch gibt es solche Gebiete.“ — Eins davon ist dasjenige, welches Prof. Kippoldt das Reich zwischen Luft und Erde nennt, in welchem der Erdförner und die über ihm lagernde Atmosphäre sich berühren. Die Vorgänge an der Erdoberfläche sind bisher fast noch gar nicht beachtet worden; diese Vorgänge ergeben sich zum Teil aus der Erkenntnis der Wechselwirkung, Wechselbeziehung zwischen den biologischen Eigentümlichkeiten und denen der erdphysikalischen Gesetze, die Wechselwirkungen von tierisch-pflanzlichem Leben und den physikalischen „Kräften“, die man infolge der Mysterisierung mancher wissenschaftlicher Gebiete noch nicht kennen gelernt hat. „Sind es gerade welche das besondere Kennzeichen und die Eigenart des Verlehnungsgebietes zwischen Luft und Erde ausmachen.“

Gerade in diesem Bereich zwischen Luft und Erde vollziehen sich die wesentlichen Verwandlungen. Die Luft ist leicht beweglich, während der Sand und Humus nur große Kräfte verschieben, die durchsichtige Luft läßt die Sonnenwärme leicht eindringen, der

Briands Rücktritt

Die Pariser Presse

Paris, 13. Januar.

„Populaire“ schreibt, die Lage, welche die Demission Briands schafft, scheint fast unentwirrbar. Die Kammer hätte sich über zwei Arten von Politik ausgesprochen gehabt: für die, die Briand in Cannes geführt habe und die noch in sehr schwächerer Weise allerdings und sehr unvollkommen zu einem ersten Versuch internationalen Einverständnisses und internationaler Organisation hätte führen können, oder für die Politik, die in der öffentlichen Meinung Poincaré vertrete und die Frankreich nur zu einem Versuch mit den Alliierten, zu verächtlichen Bruttallitäten gegenüber Deutschland und zu einem Konflikt mit dem Weltgewissen führen könne. Zu diesen beiden Arten von Politik habe die Kammer nicht Stellung genommen. Niemand könne daher wissen, welche These den Sieg davongetragen hätte, wenn Briand die Schlacht angenommen und bis zu Ende durchgeföhrt hätte.

„Humanité“ sagt, die Rechte der Kammer triumphiere. Sie bewege das allerdings verdächtige Angebot der Beschränkung der Rüstungen und das Angebot eines internationalen Einverständnisses und ziehe die alte Politik der Gewalt vor, selbst wenn diese Haltung Frankreich in Europa und in der Welt in gefährlicher Weise isoliere.

Ueber die Demission des Ministeriums Briand schreibt „Petit Parisien“: Das Unangenehmste daran seien die außergewöhnlichen Umstände, unter denen sie sich vollzogen habe, das vorübergehende Verschwinden eines der größten Parlamentarier, auf den Frankreich in schweren Stunden zählen zu können das Recht habe, und die Auslegungen, die der Abgang Briands im Auslande hervorgerufen werde, wo die deutsche und die bolschewistische Propaganda Frankreich den unbedenklichen Ruf des Imperialismus geschaffen hätten. Es werde jetzt leicht sein, die Franzosen noch einmal anzuschuldigen, die Störenfriede des europäischen Friedens zu sein. Die erste Aufgabe des neuen Ministeriums werde sein, das Mißverständnis, das zwischen Frankreich und England entstanden sei, zu beseitigen. Vielleicht würden die beiden Regierungen von London und Paris, bewirkt durch die schmerzlichen Erfahrungen, einsehen, daß es Verhandlungen gebe, die man viel leichter in der Ruhe der Kanzlei als auf öffentlichem Marktplatz oder auf Konferenzen mit großem Apparat oder auf internationalen Kongressen führe.

„Journal“ erklärt, die Entscheidung Briands sei doppelt bedauerlich erstens, weil sie das Land mitten in folgen schweren Verhandlungen eines geschickten Adolons beraube, der durch seine Geschmeidigkeit mehr als einmal schon gefährliche Konflikte vermieden habe; alsdann aber auch, weil die Erklärung Briands nicht besprochen und keiner Abstimmung unterworfen worden sei. Briands Nachfolger könnte also keine feste Unterlage des Parlamentarismus über die in Cannes erörterten Fragen gegeben werden.

„Le Nouvelle“ schreibt, der gestrige Tag sei ein schlimmer Tag für Frankreich gewesen. Berraten — sei es aus Berechnung, sei es unter den Drohungen von rechts — von denen, die ihn am meisten hätten verteidigen müssen, umlauert von Poincaré, Klotz und Tardieu, die nur daran gedacht hätten, ihn zu schwächen, ihn zu verhindern, in Cannes Erfolge zu haben, um ihn alsdann zu stürzen, habe Briand nichts anderes tun können als abzutreten. Aber diejenigen, die ihm den Dolchstoß in den Rücken versetzt hätten, würden die ersten Opfer ihrer schlechten Handlungen sein. Niemand habe es Sieger gegeben, die so durch ihren Sieg in Verlegenheit gebracht worden seien.

„Ouvrier“ sagt, Briand habe gestern vielleicht den größten politischen Sieg während seiner Laufbahn davongetragen, alsdann aber seine Demission gegeben. Wenn er hätte abstimmen lassen, so hätte er ein Vertrauensvotum von 420 Stimmen bekommen. Briand sei gegangen, weil er den Präsidenten der Republik, die Hälfte seiner Ministerkollegen und fast sämtliche auf Ministerposten versetzten Politiker gegen sich gehabt habe. Mitterand habe Briand gestützt.

„Aurore“ schreibt, Briand habe sich zurückgezogen, bevor jemand die Krone habe in Stücke schlagen können mit der er kein Haupt geschmückt habe. Jetzt heiße es arbeiten. Poincaré sei beauftragt, das neue Kabinett zu bilden. Er befinde sich vor Schwierigkeiten, die ihm 12 Monate einer Politik ohne Größe aufgehaßt hätten. Aber sie überstiegen weder seine Fähigkeiten noch seine Energie.

Die Londoner Presse

London, 13. Januar.

Zum Rücktritt Briands schreibt „Daily News“, der Schlag gegen die Verhandlung über eine neue Entente zwischen England und Frankreich sei weit weniger wichtig als die Bedrohung der Konferenz in Genua. Wenn Frankreich sich absetzte, müßten die andern Nationen, einschließlich Rußlands und Deutschlands, ohne Frankreich zusammenberufen werden.

festen Erdboden nur schwer und mit großer Verzögerung. So entsteht zwischen Luft und Erde jene Wechselwirkung, die man bisher, trotzdem man mit der Meteorologie die Luft, mit der Geophysik den Boden erforscht hat, unberücksichtigt ließ. In den achtzig Jahren hat jedoch der finnische Gelehrte Selim Lemström gezeigt, daß das Pflanzenwachstum durch Zufuhr von Elektrizität beeinflusst wird. Damit sind wir sowohl dem Problem der Erdoberfläche, wie auch dem ganzen alten Problem der Lebenskraft und Wachstumsenergie nähergerückt. Denn man muß sich erinnern, daß die Erdoberfläche stets und ständig von Natur aus der Sitz einer elektrischen Ladung ist, ja, daß in ihr dauernd elektrische Ströme fließen, die sogenannten Erdströme. Kein Pflanzenlein auf der Erde, das nicht von Natur aus unter dem Einfluß elektrischer Kräfte leimt und wächst. Ihre Ursache ist der Gehalt der Erde an Radium. — Hier liegt ein weites Gebiet der wissenschaftlichen Forschung mit noch ungeahnten Möglichkeiten, und es dürfte berart mancherlei Gebiete noch entdeckt werden, wenn die einzelnen Wissenschaften aus ihrer Isoliertheit treten und sich zu gemeinsamer Arbeit, wo es notwendig ist, zusammenfinden würden.

A. D.

Ueber Traum und Traumdeutung sprach Professor Dessoir vor überfülltem Auditorium des Langenbeckhauses. In der Hauptsache galt sein Vortrag der Kritik der freudischen psychoanalytischen Methode der Traumdeutung. Professor Freund will jeden Traum als Wunschtraum, und zwar als solchen erotischen Natur, verstehen. Es soll ein Ausleben der kindlichen Erotik sein mit ihrer ganzen egoistischen Einstellung gegenüber den hinzukommenden Geschwistern und ihrer Behandlung des andersgeschlechtlichen Elternteils als Rivalen. Die Deutung des Traumes wird bei Freud in der Hauptsache durch das bloße Aneinanderreihen von Erinnerungsvorstellungen, wie sie durch das Traumgebilde ausgelöst werden, herbeigeföhrt. Die scheinbar unzusammenhängenden Traumteile werden, wenn es anders nicht geht, durch Wortähnlichkeiten miteinander verbunden. Ein weiterer Kunstgriff Freuds, der aus seiner psychoanalytischen Theorie herübergenommen ist, besteht in dem Gleichstellen von Worten, die einen bestimmten Begriff bezeichnen, mit solchen, die das Gegenteil desselben bezeichnen, wie Liebe und Haß, Lust und Unlust unten und oben. Schließlich haben in dieser Methode der Traumdeutung bestimmte Gegenstände, Personen und dergleichen mehr stets bestimmte Bedeutung, so z. B. bedeutet ein Zimmer ein Frauenzimmer; hohe Herrschaften, Kaiser, König, die Eltern usw. Durch dieses letztere nähert sich Freuds Methode den Chiffriermethoden, wie sie in den gewöhnlich gebräuchlichen Traumdeutungsbüchern anzutreffen sind. Nicht hat Freud, nach Dessoirs Ansicht, darin, daß der Traum stets ein aus vielen Elementen zusammengesetztes Gebilde ist, das nur gedeutet werden kann, wenn man diese Elemente einzeln, an der Hand persönlicher Ereignisse jüngerer und älterer Datums, zu erklären versucht. Von Bedeutung sind auch äußere Reize während des Schlafes.

Im großen und ganzen ist der Traum ein Ausleben des Unterbewußtseins, das ohne Zensur des bewußten Lebens, ohne den Zwang der gesellschaftlichen Konvention in seiner ganzen Sornstlosigkeit, Selbsteig, in seinem Glück und auch in seinen

„Daily Chronicle“ sagt, Cannes sei nicht ganz fruchtlos gewesen, der Plan der Konferenz von Genua werde nicht mehr umgesetzt werden. Ob die Teilnahme Frankreichs widerrufen werde oder nicht, die Konferenz werde stattfinden. Wenn Poincaré oder seine Freunde wieder aus Ruher kämen, so würden sie in internationalen Angelegenheiten bald vor zwei Alternativen stehen: Rückkehr zur Politik Briands oder vollständige Isolierung Frankreichs. „Daily Express“ erklärt, keine Nation verliere durch ein Mißgelingen mehr als die Franzosen. Frankreich stehe der Möglichkeit, ja, sogar der Sicherheit vollständiger Isolierung gegenüber.

„Westminster Gazette“ führt aus, es sei kein Grund vorhanden, wegen dieser Zwischenfälle bezüglich der englisch-französischen Beziehungen zu verzweifeln. Man könne sogar Ermüdung aus der Tatsache schöpfen, daß ein mächtiger Mann in Frankreich auf entscheidende Weise die Gruppe von früheren Ministern herausgefordert habe, deren dauernde Forderungen Frankreich in eine Lage trieb, die friedliche Beziehungen zwischen ihm und seinen Nachbarn unmöglich machte. Wenn Poincaré Premierminister werden sollte, dann werde sich bald Gelassenheit bieten, offen zu sein und zu erklären, daß England an keiner Politik teilnehmen kann, welche die deutsch-französische Fehde auf unbeschränkte Zeit verlängere und alle Hoffnungen auf eine Wiederherstellung Europas zunichte mache.

Oesterreichisch-ungarische Verhandlungen

In Wien gehen gegenwärtig Verhandlungen zwischen Oesterreich und Ungarn vor sich, zu denen der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen in Wien eingetroffen ist. Verhandlungsgegenstände bilden die Durchführung des Protokolls von Venedig und Wirtschaftsverträgen. In der ersten gemeinsamen Sitzung der deutsch-oesterreichischen und ungarischen Delegation skizzierte Bundeskanzler Schober das Arbeitsprogramm, das sich im allgemeinen auf die Durchführung des Venediger Protokolls beziehe und sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen ein den Interessen beider Staaten entsprechendes Ergebnis zeitigen werden. Er schlug vor, sofort in die Arbeit einzutreten und drei Kommissionen für die Regelung der finanzpolitischen Angelegenheiten, für Eisenbahn-, Verkehrs- und Grenzfragen und schließlich für die Behandlung der handelspolitischen Beziehungen zu bilden. Der ungarische Ministerpräsident schloß sich den Vorschlägen des Bundeskanzlers an und bat, von dem guten Willen der ungarischen Delegation zur Herstellung freundlicher Beziehungen überzeugt zu sein. Er sprach gleichfalls seine Hoffnung auf ein günstiges Verhandlungsergebnis aus, um so mehr als die ungarische Delegation das größtmögliche Entgegenkommen in den Wirtschaftsverträgen beweisen wolle. Hierauf nahmen die Kommissionen sofort die fachtechnischen Beratungen auf. Das bisherige Ergebnis ihrer Beratungen war eine Vereinbarung über den Waren Austausch, der auf der Grundlage der Meißbegünstigung und des freien Verkehrs erfolgen soll. Ferner wurde vereinbart, daß eine Vorkonvention geschlossen werden soll. Von oesterreichischer Seite wurde außerdem eine Vereinfachung des Eisenbahnverkehrs gefordert.

Zu dem Besuch Graf Bethlens in Wien schreibt die „Arbeiterzeitung“: Bethlen ist nicht der geeignete Mann, um Ungarn auf neue internationale Pfade zu führen. Nicht als ob Oesterreich auf dem Standpunkt stehen würde, daß die Regierungsmethoden des Grafen Bethlen ein Grund wären, mit Ungarn kein freundschaftliches Verhältnis anzustreben. Die beiden Staaten sind in vielen Beziehungen aufeinander angewiesen, und wie es von den sozialistischen Parteien in allen Staaten gefordert wurde, daß die kapitalistischen Regierungen mit Sowjetrußland wirtschaftliche Beziehungen anknüpfen, wenn sie auch an seinen politischen Verhältnissen vieles auszuheben haben, so kann sich noch viel weniger die mit so großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfende oesterreichische Republik darauf einlassen, ihre auswärtigen und Handelsbeziehungen nach politischen Sympathien oder Antipathien zu richten. Mißtrauen ist die oberste Tugend eines demokratischen Politikers. Einem Manne gegenüber wie dem Grafen Bethlen ist dieses Mißtrauen Pflicht. Sollte er nach Wien gekommen sein, um hier ein weingardisches Prestige-Politik aufzuführen, so wird er sehr bald dessen gewahr werden, daß sich die republikanischen und proletarischen Kräfte Oesterreichs seinen kleinen halbstaatlichen Künsten gewachsen fühlen, und unverrichteter Dinge abziehen müssen.

nidrigsten Instinkten sich auslebt. Es kann ein Wunschtraum die Erfüllung eines Wachstums bringen, muß es jedoch nicht unbedingt sein. In dieser Fähigkeit des Unterbewußtseins, im Traum sich der oft lästigen Kontrolle des Bewußtseins zu entledigen, sich umgeben und frei in phantastischer Verdichtung mannigfaltiger Ereignisse des Augenblicks und der Vergangenheit auszuleben, liegt die Bedeutung des Traumes im Haushalte des menschlichen Lebens.

Die Gemeinschaftsschule, Wege zu ihrer Verwirklichung. (Vorträge, gehalten von Freunden der Gemeinschaftsschule im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht.) Bei den Vorträgen, an die sich jeweils eine freie Aussprache schließen wird, soll kein Programm entwickelt werden. Die Vortragenden werden in Uebereinstimmung miteinander zeigen, wie sie unter den gegebenen Verhältnissen die Gemeinschaftsschule gestalten. Die Vorträge finden Montags, abends von 8-10 Uhr, im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W 35, Potsdamer Straße 120, statt. Beginn der Reihe am 16. Januar, Schluß am 13. März 1922.

1. Am 16. Januar: Einführung. Von Oberstadtschulrat Wilhelm Paulsen, Berlin; Der Gesamtunterricht in der Gemeinschaftsschule. Von Rektor Bergemann, Oberschöneweide.
2. Am 23. Januar: Fachunterricht und Gemeinschaftsschule. Von Oberstadtschulrat Dr. Karsen, Neutölln. 3. Am 30. Januar: Die Naturformen der Gemeinschaftsschule in der Schule. a) Die beiden Geschlechter. Von Frau Oberschulrat Dr. Wegscheider-Ziegler; b) Eltern, Kind und Schule. Von Lehrer Kreuziger, Berlin. 4. Am 6. Februar: Die Kulturformen der Gemeinschaftsschule in der Schule. a) Im Schulleben. Von Studentrat Dr. Deiters, Lichtersfeld; b) Im historischen Unterricht. Von Studentrat Marquardt, Lichtersfeld. 5. Am 13. Februar: Sprachliche Erziehung in der Gemeinschaftsschule. Mit Vorföhrtung. (Meine Klasse bei der Arbeit.) Von Lehrer Adolf Jensen, Neutölln. 6. Am 20. Februar: Die Werkstatt in der Gemeinschaftsschule. Von Lehrer Wittauer, Leiter der Schülerwerkstatt in Tempelhof; Der Garten in der Gemeinschaftsschule. Von Rektor und Gartenschulleiter August Henn, Neutölln. 7. Am 27. Februar: Die Erziehungsinstitution als Gemeinschaftsschule. Von Erziehungsdirektor Hans Wärg, Ostfriesen-Heim, Dahlem. 8. Am 6. März: Der Lehrer in der Gemeinschaftsschule. Von Studentrat Wagner, Berlin; Schulverwaltung und Gemeinschaftsschule. Von Stadtschulrat Rudolph Berlin. 9. Am 13. März: Das Wesen der Gemeinschaftsschule. Schlußausprache. Von Oberstudienrat Dr. Karsen, Neutölln.

Die Teilnehmergebühr beträgt für die ganze Vortragsreihe 30 Mark, für den einzelnen Abend 4 Mark. Teilnehmerkarten, auch zu Beginn der einzelnen Vorträge, sind im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W 35, Potsdamer Str. 120, Postfachkonto 68 751, Fernruf Kurfürst 9918/19, zu erhalten.

Stellenöffnungen. Im Sonntag, 15. Januar, 9½ Uhr, finden wissenschaftliche Vorträge durch Direktoren im Keller-Richters-Baum (Rauch des 18. Jahrhunderts), im Alten Museum (Griechische Bildwerke) und im Museum für Völkerverständnis (Schwarzenbergische Abteilung) statt. Beginn um 9 Uhr, im Eingang der Museumstraße.

Ermittelt

Ein Fremdwort und nichts weniger als schön. Wohl dem, der es nicht versteht! Der Proletarier versteht es. Im Anschauungsunterricht, den ihm sein Leben erteilt, kommt es oft genug vor. Mal so, mal so. In immer neuen Varianten. Hier die neueste: In Friedenau, Südwesttorso 66, spielt der frühere Abbecker Bock den Hauspacha. Die Dienstwohnung der Portiersleute hat er diesen geföhnt. Das Wohnungsamt hat wohl der vierköpfigen Familie eine neue Wohnung zugewiesen, die Wirtin des betreffenden Hauses verweigert aber die Aufnahme, weil der fränkische Mann Schneider ist und im Hause arbeitet (!). Herr Bock ließ die Portiersfamilie trotzdem ermitteln, natürlich mit Zustimmung der Instanzen des Mieterschutzes. Und nun stehen die Möbel auf dem Speicher, und die Familienmitglieder liegen auf der Straße, ohne zu wissen, wo sie unterkommen sollen. Niemand kümmert sich darum, daß die Existenz der Leute vernichtet wird. Man läßt sie im Kinnstein liegen und wartet gemächlich, ob sie den Weg ins Asyl für Obdachlose antreten oder sonstwie verkommen. — Bedarf es eines Kommentars? Psiu Teufel!

Die Bezirkschuldeputation für Alt-Berlin

Das Geheh Groß-Berlin stellt für die Bezirke 1-6 eine einheitliche Bezirkschuldeputation für die Gemeindefürsorge und einen einheitlichen Bezirkschulsausschuß für die höheren Lehranstalten vor, enthält aber auch in diesem Punkte eine Ueberraschung, als es nicht klar bestimmt, wie die Bezirksversammlungen 1-6 an diesen Schulkörperlichkeiten zu beteiligen sind. Die Stadtverordneten hatten schon im Mai 1921 der Bildung der Schuldeputation für die Bezirke 1-6 in der Form zugestimmt, daß sowohl die Bezirksämter als auch die Bezirksversammlungen durch je 6 Mitglieder vertreten sein sollten. Dies ist aber nicht zulässig; der Magistrat machte deshalb einen neuen Vorschlag, wonach 6 Mitglieder der Bezirksversammlungen 1-6 gewählt werden sollen, von denen zugleich 3 Stadtverordnete sind. Der zur Vorberatung dieser Vorlage eingesehete Stadtverordneten-Ausschuß hat gestern unter der Beteiligung des Stadtschulrats Paulsen beschlossen, die Frage in der Weise zu lösen, daß die 6 Altberliner Bezirksversammlungen durch je 1 Mitglied in der Bezirkschuldeputation vertreten sein sollen. Auch bei dem Bezirkschulsausschuß soll nach dem gleichen Verfahren gewählt werden. Zum Berichterstatter wurde Stadtv. Merien (Dem.) gewählt.

Aus den Bezirken

Verwaltungsbezirk Lichtenberg.

Die erste Bezirksversammlung am Mittwoch brachte die einstimmige Wiederwahl des Genossen Tempel zum Vorsteher, nachdem die Bürgerlichen (fünf Parteien mit 20 Mandaten) ihren vermeintlichen Anspruch betont hatten, danach ebenso die der übrigen bisherigen Vorstandsmitglieder. Aus dem kurzen Bericht des Gen. Tempel über die Arbeiten im vergangenen Jahr ist erwähnenswert die dreimalige Wahl und Nichtbestätigung des Genossen Thurm, und die darauf erfolgte Wahl und Nichtbestätigung des Genossen Stimmung zum stellvertretenden Bürgermeister des Bezirks. Eine große Ueberraschung ergab die Wahl des Wahlausschusses, hierzu beantragte Dr. Schmidt (Sent.) Listenwahl. Genosse Thurm die Erhöhung der Mitgliedszahl auf 13. Bei der Wahl trat dem geschlossenen bürgerlichen Block ein geschlossener Block der Arbeiterparteien entgegen. 28 Stimmgaben 10 rechte Stimmen. Auf der rechten Seite des Hauses zeigte sich große Verblüffung und arge Verlegenheit über diese Tatsache. Bei der Wahl der unbesetzten Stadträte war es durch eine gemeinsame Liste der sozialistischen Parteien möglich, für die sozialistischen Parteien von sechs Sitzen vier zu besetzen. Gewählt wurde Stimmung und Klüener (U. S. P. D.), Weich (S. P. D.), Torgler (R. P. D.). Eine längere Aussprache gab es noch bei der Vorlage, 25 000 Mark für eine Krippe zu bewilligen. Frau Buchmann (Bürgerl.) gab eine von christlicher Nächstenliebe getriebene Begründung und verteidigte sich zu der Behauptung, daß durch den Zulauf der Stadt Lichtenberg das Augusta-Silvioria-Krankenhaus zugrunde gerichtet worden wäre. Diese Angriffe wurden behäufend zurückgewiesen, u. a. waren die temperamentsvollen Ausführungen des Gen. Thurm von gutem Wirkung. Die 25 000 Mark wurden bewilligt mit der Bestimmung, daß zwei Mitglieder der Bezirksversammlung im Ratortorium dieser Krippe mitzumischen haben.

Das Jugendamt des Bezirksamts Wedding teilt mit: Den Vereinen und Gruppen unseres Bezirks, die die körperliche Erleichterung der Jugend sühnsgemäß zum Ziele haben, geben wir hiermit bekannt, daß Anträge zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung für Fahrten im Interesse der Jugendpflege, zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken, sowie Schulfahrten und Fahrten von und nach den Ferienkolonien, nicht mehr an die Hauptabteilung für Jugendpflege, Neue Friedriehstr. 80, sondern an die Abteilung für Jugendpflege des Bezirksamts Wedding, Schönheitsstr. 1, zu richten sind.

Die Schöneberger Lebensmittelbeschreibungen

Die Verhaftung des Schöneberger Oberstadtschulrats Gustav Lange, über die wir bereits kurz berichtet haben, zieht immer weitere Kreise, und der Prozeß dürfte wahrscheinlich zu einem Massenarresten gegen Schöneberger Kaufleute führen, die mit Lange in unerlaubten Geschäftsverbindungen gestanden haben. Die Geschäfte der hiesigen Beamten kamen durch einen Zufall zur Kenntnis der Behörden. Die Wacheinspektion Schöneberg erhielt eines Tages eine diesbezügliche Mitteilung. Der Anzeiger waren vier Rechnungen beigelegt, in denen die Stadtkasse der Lebensmittelabteilung quittiert hatte. Der Kriminalbeamte Krüger wurde mit der Ermittlung betraut und vermaßte Thalmann, der beim Anblick der Rechnungen die Fassung verlor, zu einem umfassenden Geständnis zu veranlassen. Dann wurde Lange zur Vernehmung geladen und legte auch seinerseits ein umfassendes Geständnis ab. Am nächsten Tage jedoch widerrief er gleichzeitig erschien Lange jedoch in der Wohnung des Kriminalbeamten Krüger und bot ihm 40 000 Mark Bestechung, wenn der Beamte die bereits angelegten Akten verschwinden ließe. Krüger lehnte ab, worauf die Staatsanwaltschaft Lange verhaftete. Trotzdem verlor die Festgenommene auch jetzt noch, durch andere Personen die Hilfe aus der Welt zu schaffen. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen die gesamten Geschäftsbücher und Rechnungen der Langenschen Abteilung beim Bezirksamt beschlagnahmten lassen. Die Untersuchung wird sich voraussichtlich wochenlang hinziehen. Es läßt sich noch nicht übersehen, ob das Bezirksamt Schöneberg geschädigt ist oder ob Lange die Quittungen nur ausstellte, um die Ueberreste, die er erhielt, zu verschleiern. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wollen jetzt feststellen, wie groß die fraglichen Mengen gewesen sind.

Von Einbrechern niedergeschossen wurde heute früh der 31 Jahre alte Kriminalprobiat Alexander Bruber aus der Buitmannstr. 10. Bruber verfolgte vier Einbrecher. Diese wandten sich an der Ecke der Brunnen- und Kleinsberger Straße plötzlich um und schossen auf ihn. Drei Kugeln trafen den Beamten so schwer, darunter einer in den Leib, daß er zusammenbrach. Während die Verbrocher entflohen und entliefen, nahm sich ein Kaufmann Paul R., der gerade des Weges kam, des Schmerzes an und sorgte für seine Ueberführung nach der Rettungswache in der Lothringers

Voranschickliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntagabend. Etwas kälter, zeitweise heiler, aber noch veränderlich, mit leichten Schneefällen und frischen, nordwestlichen Winden.

